

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Aufforderung zur Abgabe einer Regierungserklärung zu den Vorwürfen „Manipulierte Kriminalitätsstatistik“

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung bzw. der Innenminister wird aufgefordert, in der nächsten Landtagssitzung im Juni 2015 (10.06.2015) eine Regierungserklärung zu den Vorwürfen zur Manipulation der Polizeikriminalitätsstatistik abzugeben.

Begründung:

Trotz vielfacher Bemühungen der journalistischen Öffentlichkeit und der Opposition im Landtag Brandenburg, u. a. durch Kleine Anfragen im Landtag, ist immer noch keine Klarheit hergestellt, wer konkret die Verantwortung für die Manipulationen bzgl. der methodischen und mathematischen Verwertung und Darstellung der Kriminalitätsstatistik trug, wer dies initiierte, davon wusste, dies duldete und letztendlich die Verantwortung dafür trägt

Weiterhin schweben Vorwürfe im Raum, dass bei der Erstellung der neuen Polizeikriminalitätsstatistik immer noch vom Bundesmaßstab abweichende Regeln angewendet werden.

Schon seit 2013 deckte das rbb-Magazin Klartext auf, dass die Brandenburger Polizei die Kriminalstatistik schönfärbt.

Innenminister Schröter verkündete zwar kürzlich, dass jetzt alle Fälle wieder ordnungsgemäß verbucht würden doch neue rbb-Recherchen (Stand 16.04.2015) sprechen dagegen.

Seit Anfang 2013 hat das rbb-Magazin Klartext mehrfach darüber berichtet, wie sich die Brandenburger Polizei ihre Kriminalitätsstatistik schönrechnete.

Der damalige Polizeipräsident und heutige Staatssekretär im Innenministerium, Arne Feuring, verteidigte diese Praxis über viele Monate und wies alle Schuld zurück.

Doch gegen Ende März 2015 räumte der neue Innenminister Karl-Heinz Schröter Fehler ein. Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2014 musste unter einem erheblichen Personal- und Zeitaufwand korrigiert werden. Inzwischen sollte das Problem behoben sein.

Doch dem ist nicht so, wie der RBB erneut aufdeckte: Die Vorgaben des Bundeskriminalamtes sind noch immer nicht übernommen worden. „Aus einem eigentlich aufgeklärten Fall werden drei gemacht und das ist kein Einzelfall“, bemängelt Claudia Grimm, die stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Brandenburger Staatsanwälte, im rbb.

Es ist endlich an der Zeit, vollständig reinen Tisch zu machen und der Öffentlichkeit und den Bürgern die volle Wahrheit zu sagen. Das bisherige Verfahren hat da Vertrauen in die Polizei und die Politik aufs Schwerste beschädigt.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe